

# Government 2.0

Chancen und Herausforderungen

Erstellt von Mag. David Röhler

In der Reihe S:Z:D Arbeitspapiere  
der Robert-Jungk-Stiftung Juli 2011



**JBZ**

SALZBURGER:ZUKUNFTS:DIALOGE

**arbeitspapiere**

**Die Autorin:** Mag. David Röhler; Studium der Rechtswissenschaften; Unternehmensberater, Social-Media-Experte, Medienjournalist, Vortragender; Schwerpunkt sind partizipative Medien – insbesondere das Web 2.0 – und deren Nutzung in der internationalen und der politischen Projektarbeit. Lehrtätigkeit u.a. Universität Salzburg Salzburg, Pädagogische Hochschulen in Wien, Salzburg und Ludwigsburg. Weblog: <http://politik.netzkompetenz.at/>

**Die S:Z:D Arbeitspapiere** werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) in Partnerschaft mit den Salzburger:Zukunfts:Dialogen herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek oder der Salzburger:Zukunfts:Dialoge wieder, sie sollen Diskussionen anregen. Salzburg: JBZ-Verlag, 2011.

**ISBN 978-3-902876-09-6**

[www.arbeitspapiere.org](http://www.arbeitspapiere.org)  
[www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)  
[www.salzburg.gv.at/szd](http://www.salzburg.gv.at/szd)

## Inhaltsverzeichnis

<b>CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN .....</b>	<b>1</b>
<b>ERSTELLT VON MAG. DAVID RÖTHLER .....</b>	<b>1</b>
<b>IN DER REIHE S:Z:D ARBEITSPAPIERE DER ROBERT-JUNGK- STIFTUNG JULI 2011 .....</b>	<b>1</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>BEGRIFFSKLÄRUNG .....</b>	<b>5</b>
<b>TRANSPARENZ &amp; OPEN DATA.....</b>	<b>6</b>
<b>MODELLE DER DEMOKRATIE.....</b>	<b>10</b>
DEMOKRATIE ZUR ELITENAUSWAHL .....	10
PLURALISTISCH-REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE.....	10
SOZIALE DEMOKRATIE .....	11
PARTIZIPATORISCHE DEMOKRATIE.....	11
DIREKTE DEMOKRATIE .....	12
WARUM ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG? .....	14
<b>PRAXIS .....</b>	<b>16</b>
IPHONE-APP „BÜRGERMELDUNGEN“ .....	16
FIXMYSTREET .....	19
<b>BÜRGERINNENHAUSHALTE - PARTIZIPATIVE BUDGETS.....</b>	<b>20</b>
„BÜRGERHAUSHALT“ DER STADT SOLINGEN, DEUTSCHLAND .....	23
BÜRGERHAUSHALT DER STADT KÖLN.....	25
FREIBURGER BETEILIGUNGSHAUSHALT .....	25
EPETITION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG .....	29
<b>HERAUSFORDERUNGEN UND RESÜMEE .....</b>	<b>31</b>
<b>EDEMOCRACY TOOLS .....</b>	<b>31</b>
<b>EXPERTINNEN-INTERVIEWS .....</b>	<b>32</b>

## Zusammenfassung

Mit jedem Medienwandel ändert sich die Gesellschaft, die als soziales Konstrukt ohne Kommunikation ihrer Mitglieder untereinander nicht denkbar ist. Massenkommunikation über Fernsehen, Radio und Zeitung wird in letzten Jahren durch partizipative, vernetzende Kommunikation über Facebook, Twitter und Weblogs ergänzt. Dies hat auch Auswirkungen auf die politische Kommunikation, wie die Obama-Kampagne 2008 oder Online-Initiativen von NPOs zeigen.

Während Social Media in der Bottom-Up-Kommunikation von Grass-Roots-Initiativen bereits oft eingesetzt wird, ist es bei Kommunikation öffentlicher Verwaltungen und etablierter politischer Institutionen noch selten anzutreffen. Dabei könnte nicht nur die Beziehung zwischen BürgerInnen und Staat dialogischer, sondern Verwaltungshandeln und Politik durch Partizipation zu einer höheren Identifikation der BürgerInnen mit den Entscheidungen der gewählten RepräsentantInnen bzw. der Verwaltung führen.

Top-Down-Angebote zur Partizipation ergänzen bereits vielerorts die repräsentative Demokratie, wie dies beispielsweise die „Bürgerhaushalte“ in zahlreichen deutschen Kommunen zeigen, in denen die Budgetplanung gemeinsam mit der Bevölkerung erfolgt.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Partizipation ist Transparenz. Unter dem Stichwort „Open Data“ haben bereits einige Staaten damit begonnen ein radikales Transparenzgebot zu verfolgen. Öffentliche, nicht personenbezogene Daten, werden dabei in Menschen- und maschinenlesbarer Form der Bevölkerung und Wirtschaft frei verfügbar gemacht.

Das Web 2.0 kann einerseits Katalysator des kulturellen Wandels hin zu mehr Transparenz, Kollaboration und

Partizipation werden, andererseits stellt es die Werkzeuge dazu bereit. Government 2.0 kann einen Beitrag zu weniger Politikverdrossenheit leisten.

## Einführung

*Mit jeder Innovation im Bereich der Telekommunikation wurden gesellschaftliche Utopien verknüpft: Aus der Transatlantikverkabelung der 1860er-Jahre und dem Ausbau der Telegrafie wurde eine „technisch gestützte Eintracht der Völker dieser Welt, mit der Aussicht auf nichts weniger als den Weltfrieden“ abgeleitet, wie Frank Hartmann in seinem Buch "Globale Medienkultur!" schreibt.*

*Mitte der 90er-Jahre hatten die mit dem Internet verbundenen idealisierenden Utopien ihren Höhepunkt erreicht. 1996 verkündete John Perry Barlow «A Declaration of the Independence of Cyberspace» am RednerInnenpult des Weltwirtschaftsforums in Davos. Der amerikanische Ex-Viehzüchter, ehemalige Songtexter und Internetaktivist sprach in dieser Deklaration von „einer Welt, die alle betreten können ohne Bevorzugung oder Vorurteil bezüglich Rasse, Wohlstand, militärischer Macht und Herkunft. [...] Wir glauben daran, dass unsere Regierungsweise sich aus der Ethik, dem aufgeklärten Selbstinteresse und dem Gemeinschaftswohl eigenständig entwickeln wird.“*

*Trotz aller gescheiterten Utopien wird man heute feststellen müssen, dass das Internet zu einer neuen Qualität der medialen gesellschaftlichen Kommunikation und neuen Möglichkeiten Beteiligung geführt hat.*

*Wovon Bertolt Brecht in seiner so genannten „Radiotheorie“ Anfang der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts*

---

<sup>1</sup> Hartmann, Frank. (2006). Globale Medienkultur: Technik, Geschichte, Theorien. Wien: Facultas.

noch träumte, scheint mit dem interaktiven, dialogischen Web 2.0 Realität geworden zu sein: „Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur zu hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn auch in Beziehung zu setzen.“<sup>2</sup>

Im selben Maße, wie sich die Beziehung zwischen MedienproduzentInnen und -konsumentInnen durch das Web 2.0 geändert hat, kann dies auch auf den Staat zutreffen. Auf Web 2.0-Prinzipien basierende soziale Interaktion öffnet die Kommunikationskanäle zu allen Seiten. Nicht nur der Staat ist nun „Sender“ von Informationen, sondern umgekehrt auch die BürgerInnen als UserInnen im Netz.

Ebenso visionär meinte der damalige US-Vizepräsident Al Gore Mitte der neunziger Jahre ein neues „attisches Zeitalter der Demokratie“ (“New Athenian Age of Democracy“) zu erkennen. An den Voraussetzungen für eine demokratischere Gesellschaft wird in den USA und in anderen Ländern gearbeitet. Ein umfassendes Transparenzgebot ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. So werden auf der Plattform <http://www.data.gov/> Daten von US-Verwaltungsbehörden veröffentlicht, die allen zur Verfügung stehen sollen. Ähnliche Initiativen haben Großbritannien, Australien, Neuseeland, Kanada, Norwegen und Estland gestartet. Auch auf EU-Ebene gewinnt eParticipation immer mehr an Bedeutung, nicht zuletzt durch entsprechende Förderprogramme. „ICTs lie at the heart of the European Union's initiatives to reconnect citizens with the decision-making process.“<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Zitiert nach Wikipedia <http://de.wikipedia.org/wiki/Radiotheorie>

<sup>3</sup> [http://bit.ly/eparticipation\\_eu](http://bit.ly/eparticipation_eu)

*In einer Presseaussendung<sup>4</sup> einer Government 2.0-Konferenz, die in Wien am 12. Mai 2010 stattfand, wird Prof. Dr. Philipp S. Müller, Gastdozent für Public Policy an der Universität Erfurt, mit folgenden Worten zitiert: „Mit Web 2.0 kommt Government 2.0. Web 2.0-Mechanismen implizieren für den Staat ein revolutionäres neues Ordnungs- und Organisationsprinzip: Transparenz, Partizipation, Kollaboration. Übertragen auf die Verwaltung bedeutet das ein Aufweichen der Amtshierarchien und des Herrschaftswissens. Government 2.0 verändert deshalb das Staatsverständnis.“ Web 2.0 birgt für Gesellschaft, Politik und Verwaltung ein ähnlich radikales Potenzial wie die Französische Revolution.*

### Begriffsklärung

Im selben Ausmaß wie der Begriff Web 2.0 eine neue Qualität der Internetkommunikation – im Sinne der Brechtschen Radiotheorie – beschreibt, kann unter Government 2.0 eine neue partizipative, vernetzende, kollaborative und transparente Kultur der Politik und Verwaltung unter Einsatz des Internet verstanden werden.

Gut zum Ausdruck kommt dieses neue Paradigma in einem Memorandum von Präsident Barack Obama vom 21.1.2009:

„My Administration is committed to creating an unprecedented level of openness in Government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation, and collaboration. Openness will strengthen our democracy and

---

<sup>4</sup> <http://bit.ly/isprat>

promote efficiency and effectiveness in Government.  
[...]<sup>5</sup>

Von Government 2.0 unterschieden werden sollte der Begriff eGovernment. Darunter wurden ursprünglich eher die Vereinfachung von internen Verwaltungsabläufen (weniger Papier, mehr EDV) sowie der Servicecharakter hoheitlichen Handelns in Bezug auf die BürgerInnen verstanden. Unter eGovernment fallen beispielsweise die Einführung der Bürgerkarte<sup>6</sup>, die u.a. den Zugang zu Online-Amtswegen über die Plattform [help.gv.at](http://help.gv.at)<sup>7</sup> ermöglicht.

eGovernance geht bereits einen Schritt weiter und zielt auf die Beziehung zwischen StaatsbürgerInnen und der Verwaltung ab. Diese soll mittels eGovernance geöffnet werden.

Die Trennung der Begrifflichkeiten ist unscharf. Quasi Synonym zum Begriff Government 2.0 werden die Begriffe eDemocracy und eParticipation verwendet.

eVoting bezeichnet die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen. eVoting ist umstritten, da die Transparenz naturgemäß verhindert werden muss und die Nachprüfbarkeit nicht gegeben ist.<sup>8</sup> Auch wahlrechtliche Probleme und Sicherheitsaspekte sind noch ungelöste Fragen.

## Transparenz & Open Data

---

<sup>5</sup> [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/TransparencyandOpenGovernment/](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/TransparencyandOpenGovernment/)

<sup>6</sup> <http://www.buergerkarte.at/>

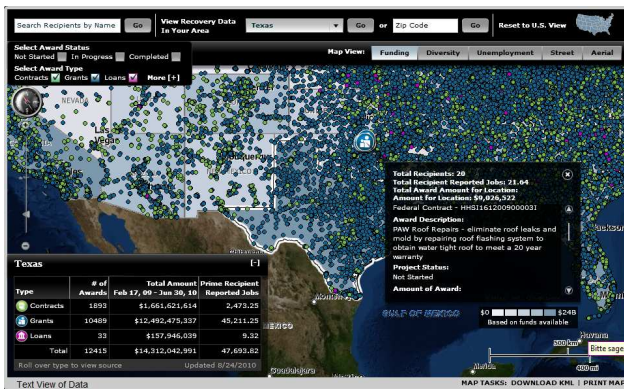
<sup>7</sup> <http://help.gv.at/aof/formularenachbuchstaben-flow>

<sup>8</sup> Vgl. z.B. Vortrag von Peter Purgathofer, Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung (TU Wien) <http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=9487>



Als Voraussetzung für Government 2.0 gilt Transparenz. Hier spielen insbesondere die Open-Data-Initiativen in zahlreichen Ländern eine wichtige Rolle. Arno Abler, der ehemalige Bürgermeister der Tiroler Stadt Wörgl, spricht in einem Blog-Eintrag<sup>9</sup> von einem „Paradigmenwechsel wie ein Tsunami“, wenn in den westlichen Demokratien die traditionelle Geheimhaltung und Vertraulichkeit behördeninterner Datenbestände zugunsten erheblicher Transparenz erodiert. Wie schon erwähnt, hat die Obama-Regierung, wie auch einige andere Staaten, zahlreiche Datenbestände<sup>10</sup> der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. So veröffentlichen die USA beispielsweise auf [recovery.gov](http://recovery.gov)<sup>11</sup> Daten staatlich geförderte Projekte.

„Recovery.gov is the U.S. government's official website that provides easy access to data related to Recovery Act spending and allows for the reporting of potential fraud, waste, and abuse.“



<sup>9</sup> <http://www.communalconsult.at/opengovernmentdata-ist-globaler-megatrend/>

<sup>10</sup> <http://www.data.gov/> in den USA; <http://data.gov.uk/> in Großbritannien

<sup>11</sup> <http://www.recovery.gov>

Auch die Vereinten Nationen<sup>12</sup> und die Weltbank<sup>13</sup> haben sich der Open-Data-Initiative angeschlossen.

Auf der Website CKAN<sup>14</sup> (Comprehensive Knowledge Archive Network) findet man Zugang zu offenen Regierungsdaten weltweit.

Auch in Österreich haben sich einige BefürworterInnen aus der Semantic Web Forschung, aber auch VertreterInnen von Organisationen und Unternehmen zu einem informellen Kreis<sup>15</sup> zusammengeschlossen. Das gemeinsame Ziel ist es, von öffentlicher Seite finanzierte „öffentliche (nicht personenbezogene) Daten (GIS-Daten, Mikrozensus, Volkszählung, Umweltdaten, Verkehrsdaten, Daten versch. NPOs, NGOs, etc.) in Menschen- UND maschinenlesbarer Form der Bevölkerung und der Wirtschaft frei verfügbar zu machen.“

Es wird argumentiert, dass sich dadurch eine "Win-Win-Situation" zwischen Regierung und Volk ergeben würde. Offene Systeme ermöglichen externes Engagement in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht.

Den möglichen Vorteilen steht die Befürchtung von Machtverlust bei steigender Transparenz gegenüber. Peter Parycek, Leiter des Zentrums für E-Government an der Donau-Universität Krems, sieht die "nicht vorhandene Kultur der Transparenz in Österreich" als größte Hürde.<sup>16</sup> Das könnte auch dazu führen, dass Österreich Wettbewerbsvorteile verliere und gegenüber angloamerikanischen und skandinavischen Ländern, die über hohe Transparenzstandards verfügen, ins Hintertreffen gerate.

---

<sup>12</sup> <http://data.un.org/>

<sup>13</sup> <http://data.worldbank.org/>

<sup>14</sup> <http://www.ckan.net>

<sup>15</sup> <http://gov.opendata.at/site/about>

<sup>16</sup> Vergl. <http://futurezone.orf.at/stories/1644240/>

Auch für den Journalismus<sup>17</sup> birgt der ungehobene Datenschatz ein großes Potenzial. Denn die Rohdaten müssen analysiert und aufbereitet werden. Ein eindrucksvolles Beispiel ist ein Projekt<sup>18</sup> der britischen Tageszeitung „The Guardian“, das die Ausgaben der britischen Unterhausabgeordneten mithilfe zahlreicher Freiwilliger nach unrechtmäßiger Verwendung durchsucht hat. Dabei wurden von 458.832 Dokumentseiten bereits 221.837<sup>19</sup> von Freiwilligen nach „Unregelmäßigkeiten“ durchsucht.



Eine Insel für seinen Ententeich, die in den Belegen auftauchte, zwang MP Sir Peter Viggers zum Rücktritt.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Vergl. <http://www.datenjournalist.de/>

<sup>18</sup> <http://mps-expenses.guardian.co.uk/>

<sup>19</sup> Zwischenstand vom 1. November 2010

<sup>20</sup> <http://www.guardian.co.uk/news/blog/2009/may/21/duck-islands>

## Modelle der Demokratie

Angelehnt an den Politikwissenschaftler Herbert Dachs können die verschiedenen Modelle der Demokratie folgendermaßen beschrieben werden <sup>21</sup>:

### Demokratie zur Elitenauswahl

Hier geht es allein um die Auswahl der politischen Elite. Über die Wahlentscheidung hinaus werden den BürgerInnen keine besonderen Kompetenzen und Qualitäten zur politischen Einflussnahme zugetraut. Unklar bleibt allerdings, warum die WählerInnen dafür zwar ausreichend qualifiziert sein sollten, darüber hinaus aber pauschal als inkompetent eingeschätzt werden.

Dieser Demokratieansatz hat wahrscheinlich die größte Entfernung zu den Paradigmen von Government 2.0.

### Pluralistisch-repräsentative Demokratie

Die Vielfalt der Interessen und Lebensstile in den differenzierten modernen Gesellschaften soll durch gewählte RepräsentantInnen vertreten werden. Demokratie ist nach diesem Verständnis „nicht direkte Volksherrschaft sondern verantwortliche Parlaments- und Regierungsherrschaft.“<sup>22</sup> Dabei ist die Herstellung von Repräsentativität wichtiger als die Partizipation der BürgerInnen. Für Herbert Dachs entspricht dieses demokratische Modell am ehesten der österreichischen Realität.

Government 2.0 soll die pluralistisch-repräsentative Demokratie ergänzen. Im Sinne des Crowdsourcing (Nutzung der „Weisheit der Massen“) wird dabei das

---

<sup>21</sup> [http://www.politischebildung.com/pdfs/28\\_demomod.pdf](http://www.politischebildung.com/pdfs/28_demomod.pdf)

<sup>22</sup> Neumann, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt a. Main 1986, S. 259.

Finden einer guten Entscheidung auf viele Menschen verteilt. Government 2.0 und eParticipation ersetzen üblicherweise nicht die Entscheidungsbefugnis des repräsentativen Gremiums selbst.

### Soziale Demokratie

Die soziale Demokratie betrachtet soziale Sicherheit als Voraussetzung für die Wahrnehmung der demokratischen Rechte. Dieses Modell entspricht dem „Wohlfahrtsstaat“, wie wir ihn einige Jahrzehnte bis in die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts in Westeuropa kannten.

### Partizipatorische Demokratie

Dieser Denkansatz vertritt ein möglichst breites Politikkonzept. Demokratie soll in möglichst vielen Bereichen wie zum Beispiel in der Familie, im Bildungswesen, in Medien und Kunst und in der Wirtschaft wirksam werden. Möglichst viele Menschen sollen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beteiligung wird nicht nur als Methode um zu guten Entscheidungen zu kommen, sondern als Wert an sich angesehen.

Government 2.0 unterstützt mit Online-Werkzeugen den Ansatz der partizipatorischen Demokratie.

Die Ideen der partizipatorischen Demokratie haben insbesondere seit den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts im Zuge der neuen sozialen Bewegungen (BürgerInneninitiativen) in Österreich praktische Bedeutung erlangt.

Kritisiert wird an dieser Theorie, dass sie den BürgerInnen zu viel abverlange, und nur die besser gebildeten tatsächlich teilnehmen können. Hier setzt das neue Konzept der „Liquid Democracy“<sup>23</sup> an. Dabei kann sich jeder selbst an

---

<sup>23</sup> <http://liqd.net/>

der Entscheidung beteiligten, oder das Beteiligungsrecht an jemanden übertragen, dem oder der man mehr inhaltliche Kompetenz zutraut. Diese Stimmübertragung ist jedoch nur temporär. Diese Mischform aus repräsentativer und direkter Demokratie wird zum Beispiel in der deutschen Piratenpartei – auch zur innerparteilichen Beschlussfassung – diskutiert<sup>24</sup>. Zur Umsetzung des Verfahrens kommen Online-Software-Tools zum Einsatz.

### Direkte Demokratie

Aufgrund der Unzufriedenheit mit dem aktuellen repräsentativen demokratischen System wird oft der Ruf nach mehr direkter Demokratie laut. Man erwartet den unmittelbaren und echten Volkswillen zur Lösung von Problemen.

Government 2.0 ist in der Regel nicht durch direktdemokratische Verfahren (mit verbindlicher Entscheidungsbezugnis) gekennzeichnet, sondern unterstützt den Meinungsbildungsprozess der gewählten demokratischen Organe.

### Vom Web 2.0 zum Government 2.0

Mittlerweile nutzen mehr als 76% der österreichischen Bevölkerung das Internet. Bereits 61% der InternetnutzerInnen verwenden soziale Netzwerke wie Facebook und immerhin 85% Web 2.0-Plattformen wie zum Beispiel Wikipedia und YouTube<sup>25</sup>.

Sie bewerten im Web 2.0 Inhalte, Produkte und Dienstleistungen. Wer eine Reise bucht, liest die Meinungen

---

<sup>24</sup> [http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Liquid\\_Democracy](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Liquid_Democracy)

<sup>25</sup> Austrian Internet Monitor, 1. Quartal 2010  
[http://www.integral.co.at/downloads/Internet/2010/06/AIM-Consumer\\_Presstext - Q1\\_2010.pdf](http://www.integral.co.at/downloads/Internet/2010/06/AIM-Consumer_Presstext_-_Q1_2010.pdf)

früherer Hotelgäste. Das Web 2.0 ist nicht zuletzt durch Facebook zu einem Massenphänomen geworden. Im August 2010 befanden sich 2,1 Millionen ÖsterreicherInnen auf Facebook.

Wirtschaftsunternehmen lassen ihre KundInnen neue Produkte bewerten, Ideen einreichen oder gleich ganze Modelle entwickeln<sup>26</sup>. Dadurch werden Entwicklungskosten gesenkt und die KundInnenbindung gestärkt.

Das Web 2.0 mit seinen wesentlichen Aspekten der Transparenz, Partizipation, Vernetzung und Kooperation hat also die private und berufliche Lebenswelt der meisten ÖsterreicherInnen erreicht. NPOs und Wirtschaftsunternehmen müssen ihre Kommunikationsstrategien an die neuen Gegebenheiten anpassen, da die neuen dialogischen Kommunikationskulturen von den Zielgruppen erwartet werden.

Dagegen ist der öffentliche Sektor in Österreich noch relativ zurückhaltend<sup>27</sup>. Die Online-Angebote gehen kaum über die Möglichkeit sich zu informieren hinaus. Sowohl die politischen als auch die Verwaltungsspitzen sollten daher die potenziellen Auswirkungen von Web 2.0 für ihre Organisation und neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung, über die Verwaltungsgrenzen hinweg und zum Bürger überprüfen.

In den letzten Jahren ist aber zumindest international Bewegung in die Debatte um Partizipation als grundlegendes Element zur Legitimation staatlichen Handelns in einer vernetzten Welt gekommen. Zu nennen sind hier das bereits erwähnte Memorandum der Obama Administrati-

---

<sup>26</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang der Begriff „Crowdsourcing“ <http://en.wikipedia.org/wiki/Crowdsourcing>

<sup>27</sup> <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/>

on von Jänner 2009<sup>28</sup>, die von den EU Mitgliedsstaaten ratifizierte Malmö Deklaration<sup>29</sup> zur gemeinsamen eGovernment-Strategie bis 2015 oder das deutsche Regierungsprogramm E-Government 2.0.<sup>30</sup>

Der Internetzugang über mobile Geräte nahm in den letzten Jahren rapide zu. Zu nennen sind an dieser Stelle beispielsweise das iPhone von Apple sowie zahlreiche Smartphones mit dem Android-Betriebssystem von Google. Die Anwendungen auf den mobilen Geräten werden mittlerweile als „Apps“ bezeichnet. Diese sind üblicherweise sehr einfach zu bedienen, und selbst die US-amerikanische Regierung experimentiert bereits mit verschiedenen Apps<sup>31</sup>. Eine Problematik dabei sind aber die erwähnten unterschiedlichen Betriebssysteme, die notwendigerweise eine kostenintensive mehrfache Erstellung der jeweiligen Apps erfordern. Sinnvoll wäre es daher, die Apps betriebssystemunabhängig als Browser-Apps zu implementieren oder auf Open Source Systeme zu setzen.<sup>32</sup>

### Warum Öffentlichkeitsbeteiligung?

Das „Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung“<sup>33</sup>, das im Jahr 2005 von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) und vom Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft (Lebensministerium) herausgegeben wurde, stellt in seinem Einleitungstext fest, dass „die

---

<sup>28</sup> [www.whitehouse.gov/omb/assets/memoranda\\_2010/m10-06.pdf](http://www.whitehouse.gov/omb/assets/memoranda_2010/m10-06.pdf)

<sup>29</sup> [http://www.egov2009.se/wp\\_sich-content/uploads/Ministerial-Declaration-on-eGovernment.pdf](http://www.egov2009.se/wp_sich-content/uploads/Ministerial-Declaration-on-eGovernment.pdf)

<sup>30</sup> [http://www.cio.bund.de/cln\\_155/DE/E-Government/E-Government-Programm/e-government-programm\\_node.html](http://www.cio.bund.de/cln_155/DE/E-Government/E-Government-Programm/e-government-programm_node.html)

<sup>31</sup> <https://apps.gov/> sowie <http://m.usa.gov>

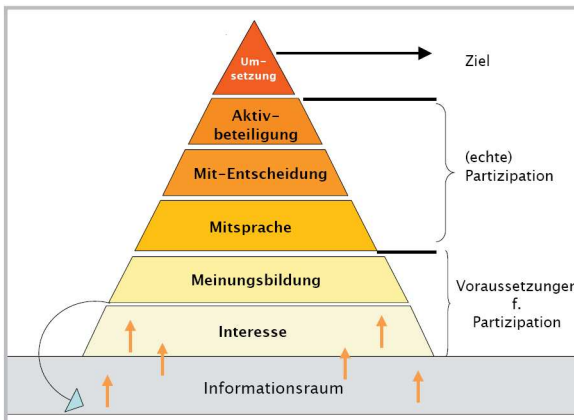
<sup>32</sup> Vergleiche dazu auch den Weblog-Eintrag von Prof. Dr. Jörn von der Lucke <http://www.government2020.de/blog/?p=284>

<sup>33</sup> [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Publikationen/Handbuch\\_oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Publikationen/Handbuch_oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf)



Beteiligung von interessierten BürgerInnen und Interessensgruppen am politischen Entscheidungsprozess ein wesentliches Kennzeichen einer modernen Verwaltung und eine wichtige Voraussetzung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung ist.

Durch eine verstärkte Beteiligung der Öffentlichkeit wird die Chance erhöht, ausgewogene und konsensuale Lösungen zu entwickeln. Öffentlichkeitsbeteiligung kann die Qualität von Entscheidungen und deren Akzeptanz verbessern, weil das Wissen vieler Betroffener und Interessierter einfließt und das Vertrauen in demokratische Entscheidungsfindung und damit letztlich in die Politik gestärkt werden.“Um die verschiedenen Ebenen von Partizipation darzustellen, verwenden Ursula Maier-Rabler und Christiana Hartwig folgendes Modell.<sup>34</sup>



Alle Ebenen der Partizipation lassen sich durch elektronische Mittel unterstützen.

<sup>34</sup> Maier-Rabler, Ursula, Hartwig Christiana (2007). ePartizipation – „Jugend aktiv“, ICT&S Center der Universität Salzburg. (Studie unter einer Creative Commons-Lizenz veröffentlicht.)

## Praxis

Da sich das Potenzial der neuen Techniken, verbunden mit einer neuen partizipativen Governance-Kultur, am besten an aktuellen Beispielen erkennen lässt, seien an dieser Stelle einige davon angeführt.

### iPhone-App „Bürgermeldungen“

Die Onlineplattform Vivomondo.com, die vom gleichnamigen Unternehmen in Kufstein in Tirol betrieben wird, stellt Kommunen verschiedene Features zur Verfügung. So können sich Gemeinden in dem System präsentieren, Unternehmen können ihre lokalen Angebote bewerben, BürgerInnen können sich lokaljournalistisch betätigen und einiges mehr. Aus der Sicht des eGovernment ist die Möglichkeit interessant, dass sogenannte „Bürgermeldungen“<sup>35</sup> an die zuständigen Behörden innerhalb der Gemeinde geschickt werden können.

Aber nicht nur online über den PC sind diese „Bürgermeldungen“ möglich. Vor einigen Monaten wurde eine mobile Anwendung für das iPhone von Apple veröffentlicht.<sup>36</sup>

Mängel im öffentlichen Raum können direkt vor Ort an die zuständige Gemeindestelle gemeldet werden – mit Standortkoordinaten und Foto. Ebenso erscheinen diese Meldungen in dem zuvor erwähnten Online-Portal. Auch die Antwort seitens der Gemeinde ist transparent online einsehbar. Zurzeit<sup>37</sup> beteiligen sich die Tiroler Gemeinden

---

<sup>35</sup> Hier ein Beispiel aus der Stadt im Wörgl in Tirol: <http://www.vivomondo.com/de/rathaus/woergl/aktuelles/buergermeldungen>

<sup>36</sup> <http://itunes.apple.com/at/app/vivomondo-buergermeldungen/id379885815?mt=8>

<sup>37</sup> Oktober 2010

Kundl, Kirchbichl, Bad Häring, Langkampfen und Wörgl an dem Projekt.

Anzumerken ist, dass es sich bei dieser und einigen der folgenden Anwendungen eher um eGovernment und weniger um Government 2.0 bzw. eDemocracy handelt, da sich die Beteiligung auf das Unterstützen der Verwaltung beschränkt.

Wenn man diese Idee in Richtung Crowdsourcing<sup>38</sup> weiterführt, wäre es denkbar, dass die Mängel auch durch engagierte BürgerInnen behoben würden und dies dann auch wieder öffentlich bekannt gemacht werden würde<sup>39</sup>. Das wäre dann ganz im Sinne des-Open-Source-Gedankens der Software-Entwicklung vergleichbar. Auch hier werden Mängel von vielen gemeinsam behoben und es wird transparent gemacht, wer sich beteiligte. Das führt zu Anerkennung und Identifikation. Zu klären wären allerdings z.B. Haftungsfragen. Es wäre aber ein Schritt in Richtung Bürgergesellschaft bzw. Zivilgesellschaft – je nach politischem Standort – und würde auch den kommunitaristischen Idealen der Selbsthilfe und Subsidiarität Rechnung tragen.<sup>40</sup>

Finanzielle Anerkennung für diese Form von Gemeinwohlaktivität könnte in Zukunft entsprechend einer erweiterten Idee des Social Payments wie aktuell bei Kachingle und

---

<sup>38</sup> Unter Crowdsourcing kann mit die Anwendung der Open-Source-Prinzipien nämlich Partizipation, Transparenz, Kollaboration in Form von Geben und Nehmen verstehen.

<sup>39</sup> An dieser Stelle muss Harald Russegger für das Brainstorming gedankt werden, das zu diesen Ideen führte.

<sup>40</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunitarismus>

Flattr<sup>41</sup> in Form von ortsbezogenen Micropayments  
gespendet werden<sup>42</sup>.

(Mobile) Augmented-Reality<sup>43</sup>-Anwendungen könnten zur Sichtbarmachung des Zustands vorher und nachher dienen. Als Beispiel für eine solche Darstellung kann die (noch nicht mobile) Online-Plattform Historypin<sup>44</sup> herangezogen werden, die auf Google Streetview basiert.

Die Kombination unterschiedlicher Dienste zur Darstellung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligung wird ein Erfolgsfaktor sein und noch „schlafende“ Engagementpotenziale in der Bevölkerung wecken können.

---

<sup>41</sup> Kachingle und Flattr sind sogenannte Social-Payment-Dienste, die die monetäre Zuwendungen für Online-Content ermöglichen.

<sup>42</sup> Die Idee der ortsbasierten Social Payments stammt von Karsten Wenzlaff <http://www.ikosom.de/>

<sup>43</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Erweiterte\\_Realit%C3%A4t](http://de.wikipedia.org/wiki/Erweiterte_Realit%C3%A4t)

<sup>44</sup> Beispiel:  
[http://www.historypin.com/photos/search/streetview/1/geo/52.40712,-1.508452/yaw/299.33/pitch/-6.69/zoom/0/auto\\_open/1030021](http://www.historypin.com/photos/search/streetview/1/geo/52.40712,-1.508452/yaw/299.33/pitch/-6.69/zoom/0/auto_open/1030021)



FixMyStreet

Einen ähnlichen Dienst, wie die zuvor vorgestellte Iphone-App „Bürgermeldungen“ stellt „FixMyStreet“ in Großbritannien bereit. Auf dieser Website können BürgerInnen zum Beispiel Straßenschäden oder Graffiti mit einem Foto und geographischen Koordinaten melden. Die Website wird von der NGO mySociety<sup>45</sup> betrieben, die auch noch eine Reihe anderer Tools zum Beispiel für Petitionen oder Kontakten zu PolitikerInnen zur Verfügung stellt.

FixMyStreet

[Report a problem](#)   [All reports](#)   [Local alerts](#)   [Help](#)   [Contact](#)


**Report, view, or discuss local problems**  
 (like graffiti, fly tipping, broken paving slabs, or street lighting)

Enter a nearby GB postcode, or street name and area:

**How to report a problem**

1. Enter a nearby GB postcode, or street name and area:
2. Locate the problem on a map of the area
3. Enter details of the problem
4. We send it to the council on your behalf

**Photos of recent reports**



**FixMyStreet updates**

<b>857</b> reports in past week	<b>1,536</b> fixed in past month	<b>100,277</b> updates on reports
---------------------------------------	--	---

**Recently reported problems**

- [Non-residential Parking and Business Use of Road as a Shortcut](#)
- [Non-Working Light](#)
- [Biddings Lane - Street lighting](#)
- [Anchor Road - Street lighting](#)
- [Rubbish dumped in entrance to field](#)

Built by [mySociety](#), using some [clever code](#).

## BürgerInnenhaushalte - partizipative Budgets

<sup>45</sup> <http://www.mysociety.org>

Eine Form von eParticipation, die über das Melden von beschädigten Straßen deutlich hinausgeht, sind die in Deutschland in zahlreichen Kommunen durchgeführten BürgerInnenhaushalte. Dabei handelt es sich um eine demokratisierte Form der lokalen Budgeterstellung, bei der sich BürgerInnen ohne politisches Mandat am Prozess zur Planung des öffentlichen Haushalts beteiligen. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Haushaltsplanung zielt auf eine sozial gerechte und bedarfsorientierte Gestaltung ab.

Die Idee der partizipativen Budgets startete 1989 in Brasilien. Es sollte nicht in geschlossenen Büros über die Verteilung der Steuern entschieden werden, sondern die Bevölkerung durch Debatten und einen Konsultationsprozess einbezogen werden. Die partizipativen Budgets haben bewiesen, dass eine demokratische und transparente Verwaltung der Ressourcen ein entscheidender Beitrag sind, um Korruption und Missbrauch öffentlicher Mittel zu verhindern.<sup>46</sup> Ergebnisse der partizipativen Budgets in Brasilien waren zum Beispiel die Verbesserung der Wasserversorgung sowie der Kanalisation und die Pflasterung der Straßen in den verarmten Vororten. Als Resultat auf einer Meta-Ebene hält ein UNESCO-Bericht folgendes fest: „As important as the actual results of the Participative Budget, we must add the redemption of the citizenship of Porto Alegre and its awakening for an active participation in the public affairs.“

In unterschiedlichen Varianten werden die partizipativen Budgets in Brasilien in mittlerweile mehr als 100 Kommunen durchgeführt.<sup>47</sup> Weltweit kann von derzeit mehr als 1.000 Bürgerhaushalten ausgegangen werden, wobei der

---

<sup>46</sup> Vgl. Bericht der UNESCO <http://www.unesco.org/most/southa13.htm>

<sup>47</sup> [http://www.uni-kassel.de/hrz/db4/extern/gspg/pdf/Porto\\_Alegre\\_Leubolt.PDF](http://www.uni-kassel.de/hrz/db4/extern/gspg/pdf/Porto_Alegre_Leubolt.PDF) auf Deutsch siehe: [http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/044\\_bernhard\\_leubolt.pdf](http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/044_bernhard_leubolt.pdf)

Schwerpunkt weiterhin in Lateinamerika liegt. Mit Sevilla und Cordoba im spanischen Andalusien, Salford in Großbritannien sowie Stadtbezirken der europäischen Hauptstädte London, Paris, Rom und Berlin beteiligen sich auch Großstädte.

Partizipative Budgets sind eine Kombination von Elementen der direkten und repräsentativen Demokratie. Nach der Fertigstellung des Budgetvorschlags auf Grundlage des Beteiligungsprozesses wird dieser dem gewählten Stadtparlament zur Beschlussfassung vorgelegt.

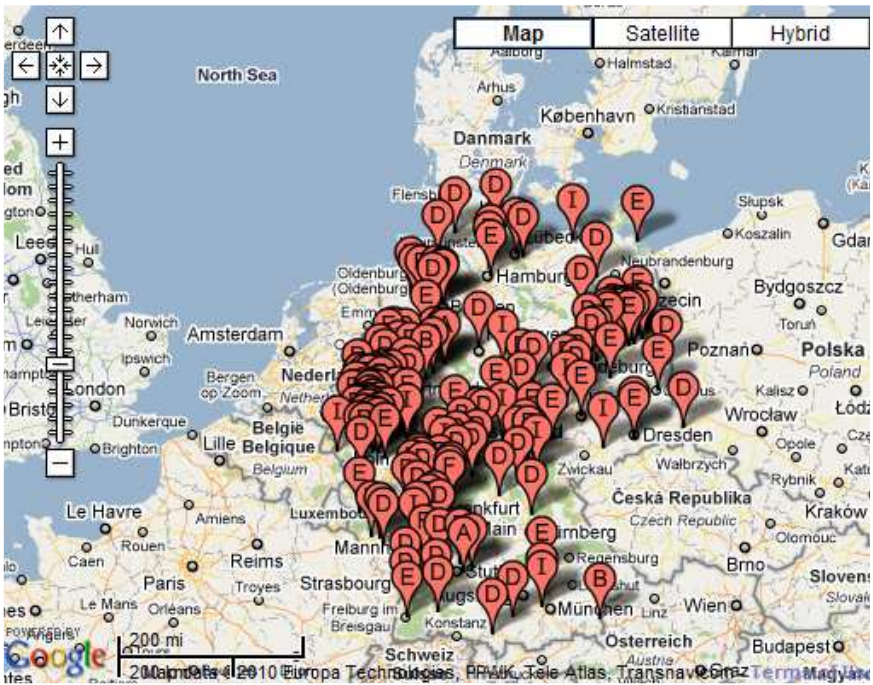
Als weiteres Argument kann gelten, dass die Durchführung von BürgerInnenhaushalten zur Befähigung zu demokratischem Handeln und der Entwicklung bzw. Stabilisierung demokratischer Werte und damit zu den originären Zielstellungen politische Bildung beiträgt.

In Deutschland war bei den Bürgerhaushalten in den letzten Jahren ein regelrechter Boom zu verzeichnen. Während im Jahr 2007 rund 30 Kommunen die partizipativen Konzepte bei der Haushaltserstellung umgesetzt haben, sind es mittlerweile 67 Städte und Gemeinden, wobei fast alle ein kombiniertes Verfahren mit Onlinepartizipation anwenden.<sup>48</sup> Kritisch anzumerken bleibt, dass die Motivation zur Durchführung zahlreicher Projekte der Rechtfertigung von Sparvorhaben angesichts der Finanzkrise zu dienen scheint.

---

<sup>48</sup> <http://politik-digital.de/bürgerhaushalt-sparkonzept-kommunen-online-beteiligung>





### „Bürgerhaushalt“ der Stadt Solingen, Deutschland

So hat die deutsche Stadt Solingen unter dem Titel „Solingen spart!“<sup>49</sup> ihren diesjährigen „Bürgerhaushalt“ durchgeführt. Ein Ausgangspunkt ist die Abwendung der drohenden Überschuldung der Stadt. InternetnutzerInnen, die sich auf der Seite registrierten und eine E-Mail-Adresse hinterlegten, konnten die Verwaltungsvorschläge bewerten und eigene Kommentare sowie weitere Vorschläge unterbreiten. Von den 78 Vorschlägen der Verwaltung wurden in einer Online-Beteiligungsphase, die vom 4. bis zum 25. März 2010 dauerte, nur 15 abgelehnt. Die angenommenen Vorschläge (vor allem Steuererhöhungen und

<sup>49</sup> <http://www.solingen-spart.de/>

die Schließung von Schwimmbädern) hatten allerdings ein zu niedriges Einsparungsvolumen. Um das angestrebte Budgetziel zu erreichen, musste der Rat der Stadt auch gegen die Bürgerinnenvoten entscheiden.

Das Ergebnis zeigt, dass das Internetportal, das vom Beratungsunternehmen ZebraLog eingerichtet und moderiert wurde, auch nicht organisierten BürgerInnen die Chance zu einer öffentlich wahrnehmbaren Meinungsbekundung gegeben hat. Diese ist von 3.595 registrierten NutzerInnen mit insgesamt 4.752 Kommentaren genutzt worden.

Nach dem Online-Konsultationsprozess wurden die Quoten der Bürgerinnen sowie die Vorschläge in einem Bericht für die Ratsfraktionen ausgewertet. Dieser Bericht wurde auch im Internet veröffentlicht. Einige Monate danach traf der Stadtrat die Haushalts-Entscheidung. Anschließend erhielten alle TeilnehmerInnen Rückmeldung darüber, wie mit den Ergebnissen aus dem BürgerInnenhaushalt umgegangen wurde, insbesondere wo den Voten der Bürgerinnen gefolgt wurde und wo die Politik anders entschieden hat.

Die Stadt Solingen konnte laut einem Bericht des Solinger Tageblatts<sup>50</sup> eine positive Überraschung vermelden: Die drohende Pleite 2013 konnte abgewendet werden. Damit gilt Solingen in den Augen der Aufsichtsbehörde landesweit als Beispiel, wie es eine vom Konkurs bedrohte Stadt aus eigener Kraft schaffen kann, sich aus dem Schulden-sumpf zu ziehen.

Einsparungen in Höhe von 44 Mio € konnten gemeinsam mit den BürgerInnen entschieden werden.

---

<sup>50</sup> Bericht vom 22.10.2010 <http://www.solinger-tageblatt.de/Home/Solingen/Aufsicht-Stadt-hat-die-Pleite-abgewendet-12f4c44e-9c29-4aa7-af1a-44b7f5cb27bd-ds>

## Bürgerhaushalt der Stadt Köln

Im Herbst 2007 hat die Stadt Köln erstmals ihre BürgerInnen an der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligt. Insgesamt wurden 4.973 Vorschläge zu den Themenbereichen „Straßen, Wege, Plätze“, „Grünflächen“ und „Sport“ abgegeben. Es wirkten über 10.000 Personen mit, wobei 85 % der Vorschläge online abgegeben wurden. Auch in Köln war die schlechte Haushaltslage und der Wunsch nach einer Beteiligung der BürgerInnen an den relevanten Beratungs- und Entscheidungsprozessen ein Motiv für den im Jahr 2004 gefällten Ratsbeschluss, einen Bürgerhaushalt für die Stadt einzuführen.

## Freiburger Beteiligungshaushalt

Erwähnenswert ist auch der Freiburger Beteiligungshaushalt<sup>51</sup>, der sich besonders um Geschlechtergerechtigkeit bei der Budgeterstellung bemühte. Als erste Stadt in Deutschland stellte Freiburg (rund 220.000 EinwohnerInnen) im Jahr 2008 nicht nur Teilaspekte des – letztendlich vom Gemeinderat zu verabschiedenden – Doppelhaushalts 2009/2010 sondern auch den den Gesamthaushalt zur Diskussion.

Die Online-Konsultation wurde von einem Infobus, dezentralen Informationsveranstaltungen und einer Stadtkonferenz, an der 200 BürgerInnen teilnahmen, begleitet. Darüber hinaus fand eine vier Monate dauernde Phase der Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Plakatierung, Straßenbahn- und Busbeklebung) statt. Auch Veranstaltungen zum Thema Gender Budgeting wurden angeboten. Neben der Vorbereitung durch ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren sowie städtische Mitarbeite-

---

51

[http://www.beteiligungshaushalt.freiburg.de/site/pictures/cre\\_080818\\_Ergebnisbericht\\_web.pdf](http://www.beteiligungshaushalt.freiburg.de/site/pictures/cre_080818_Ergebnisbericht_web.pdf)

rinnen und Mitarbeitern wurden zwei weitere Schulungen zur Vorbereitung der Teilnehmenden bei der Stadtkonferenz durchgeführt.

Es wurde auch eine Veranstaltung speziell für Jugendliche organisiert, um sie an die Themen Haushalt und Gender-Relevanz heranzuführen.

Interessant war auch der Einsatz eines Online-Haushaltsrechners, der die Auswirkungen von Budgetverschiebungen anschaulich darstellte.

Vor dem Online-Konstitutionsprozess wurde eine schriftliche Umfrage zum Beteiligungshaushalt mit 5.500 repräsentativ ausgewählten Personen durchgeführt. Es sollte unter angegeben werden, an welchen Stellen sie die Mittelverteilung im städtischen Haushalt verändern würden. Bei den Mehrausgaben präferierten die Befragten den Ausbau der Betreuungsangebote an Schulen, die Instandhaltung und den Bau von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, Jugendtreffpunkten und den Klimaschutz. Eingespart werden sollte nach Meinung der Befragten beim Theaterangebot, der Kulturförderung, den Friedhöfen, dem Wohnungsbau, bei Museen und dem Stadtarchiv.

Anzumerken ist jedoch, dass bei den Budgetverschiebungen mit dem Online-Rechner die in der Umfrage gewünschten Einsparungen im Kulturbereich nicht im selben Ausmaß erfolgten. Hier wurden Einsparungen bei Wirtschaft und Tourismus sowie bei den Friedhöfen und der Stadtentwicklung gefordert.

Interessant ist auch die Bewertung<sup>52</sup> der verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung. So wurde der repräsentativen schriftlichen Umfrage die größte Bedeutung beige-

---

<sup>52</sup> Vergl. S 8 [http://freiburg.de/servlet/PB/show/1196865/DS\\_G08-179.pdf](http://freiburg.de/servlet/PB/show/1196865/DS_G08-179.pdf)

messen, gefolgt von den interaktiven Angeboten der Online-Konsultation und der Stadtkonferenz.

Einige Monate nach der Konsultation der Bevölkerung wurden die Ergebnisse im Hauptausschuss des Gemeinderats der Stadt im öffentlichen Teil vorgestellt und diskutiert. Anschließend wurde der Haushaltsplanentwurf in nicht öffentlicher Sitzung vorberaten. Aufbauend darauf haben die Fraktionen ihre Anträge formuliert. In der 2. Lesung hat der Hauptausschuss die Fraktionsanträge - Umverteilungen, Einsparungen oder Mehrausgaben - diskutiert und abgestimmt. Die Fraktionen hatten dabei die Möglichkeit, sich bei ihren Anträgen auf den Beteiligungshaushalt zu beziehen. In 26 Anträgen wurde dies umgesetzt. Nahezu alle zum Beteiligungshaushalt gestellten Anträge fanden Eingang in den schließlich am 16.12.2008 verabschiedeten Doppelhaushalt 2009/2010.

Leider ist nicht transparent, welche Punkte aus der Bürgerbeteiligung letztendlich tatsächlich in den Haushalt eingeflossen sind. „Eine Aufstellung dazu haben wir nicht gemacht“.<sup>53</sup> Daher bleibt es schwer nachvollziehbar, welche konkreten Auswirkungen der Prozess hatte.

Die Gesamtkosten des Freiburger Beteiligungshaushalts beliefen sich auf 530.000 €, von denen die Landesstiftung Baden-Württemberg 50.000 € übernahm.

Zum nächsten Doppelhaushalt wird es kein solches Verfahren mehr geben, weil es sich als zu aufwendig herausgestellt hat. Die Stadt wird sich auf eine Umfrage zu den Finanzen beschränken. Perspektivisch sollen die

---

<sup>53</sup> Email-Antwort der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, Frau Petra Zinthäfer vom 2. September 2010 auf meine Frage, ob ersichtlich sei, welche Vorschläge aus dem Beteiligungshaushalt tatsächlich in das Budget aufgenommen worden sind.

Beteiligungsverfahren auf Stadtteilebene gebündelt werden, um zu konkreteren Ergebnissen zu kommen.

Die grüne Stadträtin Birgit Woelki (in Freiburg haben die Grünen eine Mehrheit und stellen auch den Oberbürgermeister) bezeichnete das Verfahren in einer gemeinderätlichen Aussprache „als extrem schwierig und teuer.“ Es stelle sich die Frage nach Aufwand und Ertrag. Ihre Fraktion plädiere dafür, die Bevölkerung wieder ausführlich per Internet und Amtsblatt über den Haushalt zu informieren, die aktive Beteiligung jedoch auf eine Umfrage und ein Internetforum zu begrenzen. Diskussionen über die Ausgaben könnten im Zuge der Stadtteilentwicklungspläne stattfinden. Dieser Position schloss sich auch die CDU an. Die SPD hingegen warnte davor, den Beteiligungshaushalt „schon nach der ersten Runde zu beerdigen“, weil dann das Misstrauen gegenüber der Verwaltung wachse. Die Linke Liste beklagte, dass die Kostendebatte der „Tod der Bürgerbeteiligung“ sei.<sup>54</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Bürgerhaushalte einerseits ein Instrument der Beteiligung im Kernbereich der Politik sind, andererseits aber Bedenken bestehen bleiben. So kann kritisch angemerkt werden, dass der Eindruck entstehen könnte, dass die gewählten Organe ihre Verantwortung nicht wahrnehmen wollen oder können und unangenehme Aufgaben an die Bevölkerung auslagern wollen.

Bürgerhaushalte können dazu dienen, einen übergreifenden Gesamtansatz von Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Hierbei helfen auch die neuen Medien und insbesondere das Web 2.0. Gerade beim Kölner Modell des Bürgerhaushalts wird deutlich, wie Online-Beteiligungsangebote

---

<sup>54</sup> Amtsblatt der Stadt Freiburg im Breisgau vom 17. Juli 2009, S. 3, [http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1213008/Amtsblatt\\_Ausgabe508.pdf](http://www.freiburg.de/servlet/PB/show/1213008/Amtsblatt_Ausgabe508.pdf)

mit ihrer systemimmanenten Interaktivität zum Erfolg beitragen können.

Ein nicht zu unterschätzendes politisches Ziel von Bürgerhaushalten ist auch die unabdingbare transparente und verständliche Darstellung des öffentlichen Haushalts. Die BürgerInnen müssen erkennen, was sich hinter den jeweiligen Budgetpositionen verbirgt. Auch wenn die Beteiligungsverfahren an sich – nach der relativ kurzen Zeit der Praxis – noch etwas holprig erscheinen mögen, so ist doch das damit verbundene Transparenzgebot ein Schritt in Richtung Verwaltungsmodernisierung und Open Government.

### ePetition im Deutschen Bundestag

Als weiteres erfolgreiches Beispiel in Deutschland darf das ePetitions-System im Deutschen Bundestag gelten. Es wurde von der Rot-Grünen Koalition im September 2005 eingeführt. Auch als Wahlkampfaktion gedacht, entfaltete das System politische Wirkung. So schrieb der Spiegel in einem Artikel im August 2008<sup>55</sup>: „Gerhard Schröder wurde abgewählt. Der Petitionsserver aber blieb. Und entwickelt derzeit geradezu ein Eigenleben.

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht eine neue Online-Petition eingereicht wird: Protest gegen die Musikgebühren-Einzugszentrale Gema, gegen biometrische Kinderausweise, gegen das Verbot des Spiels "Paintball". Vor allem aber eine Petition teilte im Wahlkampf 2009 die Lager: Der Antrag gegen das "Zugangerschwerungsgesetz" von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU).“

Bei der öffentlichen Petition werden das Anliegen und die Begründung im Internet unter Bekanntgabe des Namens

---

<sup>55</sup> <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,641904,00.html>

der Einreichenden eingestellt. Andere Personen können die Petition unterstützen und bemühen sich online und offline um weitere UnterstützerInnen.

Ab 50.000 UnterstützerInnen in den ersten drei Wochen nach Veröffentlichung werden „ein Petent oder mehrere Petenten in öffentlicher Ausschusssitzung angehört. Der Ausschuss kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder beschließen, dass hiervon abgesehen wird.“<sup>56</sup> Die öffentlichen Sitzungen des Petitionsausschusses werden im Parlamentsfernsehen übertragen. Zudem sind die Sendungen im Internet zu sehen und können dort jederzeit als Video-on-Demand auf der Webseite des Bundestages abgerufen werden.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Petitionen eingereicht, die die erforderliche Mindestanzahl an Unterstützungen erreichten. Eine Auflistung findet sich bei Wikipedia<sup>57</sup>.

Eine ähnliche Initiative wird bald auch auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Der Vertrag von Lissabon ermöglicht erstmals (e-)Partizipation auf europäischer Ebene.<sup>58</sup> Im Jänner 2011 sollen die Bedingungen für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) beschlossen werden<sup>59</sup>.

---

<sup>56</sup> [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a02/grundsatz\\_e/verfahrensgrundsatz.html](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a02/grundsatz_e/verfahrensgrundsatz.html)

<sup>57</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Online-Petition#Petitionen\\_mit\\_besonders\\_vielen\\_Unterst.C3.BCtzern](http://de.wikipedia.org/wiki/Online-Petition#Petitionen_mit_besonders_vielen_Unterst.C3.BCtzern)

<sup>58</sup> [http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/citizens\\_initiative/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm)

<sup>59</sup> <http://www.orf.at/stories/2023755/2023762/>



## Herausforderungen und Resümee

Rechtlich gesehen sind in Österreich direkt-demokratische und partizipatorische Elemente in allen drei Staatsfunktionen verankert – Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit. So findet sich (Offline-) Partizipation beispielsweise bei der Gerichtsbarkeit etwa bei den Geschworenen, Schöffen und fachkundigen LaienrichterInnen. Österreich hat in den letzten Jahren große Fortschritte bei der elektronischen Information, Kommunikation und Transaktion gemacht. Projekte im politischen Bereich sind aber noch selten anzutreffen. Zumeist fehlen noch die gesetzlichen Grundlagen. Zudem besteht (noch) keine Kultur der Partizipation, Transparenz und Kooperation. Zu groß dürften die Ängste vor Machtverlust und Kontrolle sein. Deutlich wird dies, wenn sich Behörden fälschlicherweise auf den Datenschutz oder das Amtsgeheimnis berufen, um weiterhin öffentlicher Kontrolle zu entkommen.

## eDemocracy Tools

<http://ideascale.com/>

IdeaScale empowers communities to drive innovation. Collect ideas from your customers, give them a platform to vote, the most important ideas bubble to the top.

Liquid Democracy, <http://liqd.net/>

Unter "Liquid Democracy" versteht man eine Mischform zwischen indirekter und direkter Demokratie. Während bei indirekter Demokratie Delegierte zur Vertretung der eigenen Interessen bestimmt werden und bei direkter Demokratie alle Interessen selbst wahrgenommen werden müssen, ergibt sich bei Liquid Democracy ein fließender Übergang zwischen direkter und indirekter Demokratie. Alle Teilnehmenden können selbst entscheiden, wie weit sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen

wollen, oder wie sie von anderen vertreten werden möchte. Insbesondere kann der/die DelegatIn jederzeit sein/ihr dem/der Delegierten übertragenes Stimmrecht zurückfordern, und muss hierzu nicht bis zu einer neuen Wahlperiode warten. Es ergibt sich somit ein ständig im Fluss befindliches Netzwerk von Delegationen.

<http://www.wave-project.eu/>

Project WAVE aims to improve the inclusiveness and transparency of EU decision making at the national and European level by using highly integrated, state-of-the-art Argument Visualisation techniques to make the impact of complex EU environmental legislation on climate change more accessible and easy to understand for citizens, special interest groups and decision makers alike.

<http://apps.usa.gov/>

An app, short for "application," is a tool that helps you accomplish a task or find information. The apps in the USA.gov app store are designed to work on your mobile phone. Some need to be downloaded to your phone while others can be accessed using your phone's web browser.

## ExpertInnen-Interviews

Ausgewählte Antworten von ExpertInnen

### **1. Welche Barrieren sehen Sie bei der Implementierung von Government 2.0 auf Seiten**

#### **a. der Politik?**

„Verliert Vorteile für Regierende, gibt Information der Opposition. Verlust von Kontrolle, Gefühl der Getrieben-

heit. Ohne Argumente lässt sich leichter Politik/Polemik betreiben.“ (Georg Holzer)

„Fehlende gesetzliche Grundlagen - Stichwort Informationsfreiheitsgesetz; Angst der PolitikerInnen vor Machtverlust und Transparenz“ (Robert Harm)

„Versteht man Gov 2.0 als eine Bewegung in Richtung Transparenz, Kollaboration und technischer Innovation, so stellt sich die Barrierefrage (sowohl vonseiten der Politik als auch der Verwaltung) besonders in Bezug auf die Umsetzung der ersten zwei Prinzipien. Transparenz ist eine policy- und Kulturfrage („Openness is a policy choice!“), die kulturell bedingt ist. In Österreich herrscht z.B. in Bezug auf Transparenz als Strategie (wie sie ja auch im Rahmen von Open Government-Strategien verfolgt wird) noch Nachholbedarf, während in Amerika der Begriff Open Government schon in den späten 50er-Jahren unter Experten aufkam (Parks 1957) – was damals noch mit der verspäteten Publikation nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenhing. (Judith Schoßböck)

„Rechtliche Rahmenbedingungen: Verwaltungsübergreifendes Denken nicht erlaubt; Informationsflut: Überforderung der Politiker; Veränderungsmanagement; Mentale Bedenken: Angst um die eigene Position; Kulturelle Faktoren; Prozesse in Staat und Verwaltung Strategiedefizite; Politiker: Entscheidungskompetenz“ (Jörn von Lucke)

„Das Hauptproblem ist wohl die großteils fehlende Affinität zum Thema. Der Durchschnittspolitiker kann die gesamte Bandbreite von Gov2.0 inkl. der Chancen und Risiken kaum überblicken und zögert daher bei konkreten Umsetzungsschritten.“ (Arno Abler)

„Drohender Machtverlust durch Transparenz, mangelndes Verständnis für das politische Potenzial von Web 2.0“  
(Rudolf Legat)

## **b. der Verwaltung?**

„Mehraufwand, müsste Hand in Hand mit dem Ende der Amtsverschwiegenheit gehen. Das ist für die Verwaltung praktisch, weil sie viele Informationsbegehren gleich mit diesem Argument abschmettern kann.“ (Georg Holzer)

„Ungeklärte Haftungs- und Lizenzfragen bei Verwendung von Daten der Verwaltung“ (Robert Harm)

„Auf der Seite der Verwaltung ist der kulturelle Aspekt ebenfalls eine der größten Hürden – in Österreich ist Transparenz nicht unbedingt innewohnend. Darüber hinaus müssen auch die Kompetenzen der MitarbeiterInnen verstärkt werden, diese mit mehr Autonomie ausgestattet werden. Hier stellt sich für viele EntscheidungsträgerInnen auch noch die Nutzenfrage. Ganz allgemein geht es aber um die Pflege von Offenheit als Wert in einer Kultur. Wirkliche Zusammenarbeit kann nur umgesetzt werden, wenn Ängste vor Machtverlust und anti-hierarchischer Kultur abgebaut werden. Damit verbunden sind Macht- und Rollenänderungen, die wir momentan gerade erleben und die insbesondere in der Verwaltung durch die offizielle Rolle der MitarbeiterInnen ein großes Thema sind. Weitere Hürden sind finanzieller Natur oder Angst vor Sicherheitsrisiken.“ (Judith Schoßböck)

„Rechtliche Rahmenbedingungen; Datenschutz; Unausgereifte Technologie; Informationsflut und Informationsaufbereitung; Veränderungsmanagement; Personal; Finanzierung; Mentale Bedenken; Kulturelle Faktoren; Bestehende Strukturen; Prozesse in Staat und Verwaltung; Strategiedefizite; Politik“ (Jörn von Lucke)

„Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit, ist aber grundsätzlich gegenüber Veränderungen eher negativ eingestellt. Das heißt nicht, dass diese nicht durchgeführt werden, aber es braucht gute Argumente und den Nachweis tatsächlicher Verbesserungen, was bisher oft nicht gelungen ist.“ (Arno Abler)

„Mangelnder Veränderungswille, mangelndes Verständnis, mangelnde Kooperationsbereitschaft“ (Rudolf Legat)

## **2. Wie können Ihrer Meinung nach und aufgrund Ihrer Erfahrung möglichst viele Menschen mit Online-Beteiligungsangeboten erreicht werden?**

„Die Mehrheit wird so nie erreicht werden. Soziale Netzwerke eignen sich dazu ganz gut, man stumpt jedoch dabei ab. Das Medium Nr. 1 wird immer sein: E-Mail. So sehr ich sie hasse - jeder kann es weiterleiten.“ (Georg Holzer)

„Abhängig von Thema/Fragestellung. Grundsätzlich helfen Schnittstellen zu Social Media-Applikationen, welche die Menschen bereits heute benutzen (Twitter, Facebook...)“ (Robert Harm)

„Menschen können dort erreicht werden, wo sie sich bereits befinden: so kann man auf bestehende Netzwerke - das sind momentan Soziale Netzwerke - zurückgreifen. Insbesondere die jugendliche Zielgruppe ist mittlerweile durchgehend in Social Networks vertreten. Aber auch Blogs und Wikis haben großes Potenzial. Abseits der Wahl des richtigen Mediums ist Authentizität ein wichtiges Schlagwort, beispielsweise werden Partizipationsangebote, die geschickt vor einer Wahl platziert sind und somit eher als Wahlwerbung gelten können, oft schlecht angenommen. Innerhalb eines Projekts sollten

außerdem alle Prozesse transparent gemacht werden. 100%ige Beteiligung ist aber eine Illusion, daher sind online-Angebote immer noch mit offline-Angeboten zu kombinieren.“ (Judith Schoßböck)

Editieren? Diskutieren? Entscheiden? Handeln? Programmieren?

→ Zu jedem Ansatz gibt es ganz unterschiedliche Vorgehensweisen ...

Motivieren, Überzeugen, Belohnen, Loben, Danken, Auszeichnen

Mehrwerte Schaffen [Klein 2010 – 1 zit Bertelsmann Stiftung 2010]

→ Schaffen Sie Klarheit über die Ziele, den Prozess und die Verwendung der Ergebnisse und kommunizieren Sie diese auch an ihre Adressaten.

→ Nehmen Sie den Konsultationsprozess von der Art der Verwertung der Ergebnisse aus, kümmern Sie sich erst im Anschluss um die technische Umsetzung.

→ Berücksichtigen Sie die Erwartungen der Adressaten und wählen Sie möglichst Themen, die schon auf der politischen Agenda stehen, in den Medien kontrovers diskutiert werden oder für die Sie das Interesse der Adressaten wecken können.

→ Richten Sie den Medieneinsatz und die Verfahrensgestaltung an den Bedarfslagen, Nutzungsgewohnheiten und Möglichkeiten der Adressaten aus.

→ Binden Sie Interessenorganisationen frühzeitig und in den gesamten Prozess mit ein.

→ Binden Sie die Entscheidungsebene auch in die Ansprache und Kommunikation mit den Adressaten ein.

→ Informieren Sie Ihre Zielgruppen umfangreich über die Konsultation und über die Kommunikationswege, die diese normalerweise nutzen.

→ Holen Sie sie dort ab, wo sie sich aufhalten.

→ Stellen Sie möglichst konkrete Fragen, um zu konkreten Ergebnissen zu kommen, aber öffnen Sie auch einen

Kanal für freie Äußerungen. (Jörn von Lucke)

Durch Online-Beteiligungsangebote, die einen effektiven Nutzen stiften. (Arno Abler)

„Kommunikation auf allen Medien mit Schwerpunkt auf Web, insbesondere Social Networks“ (Rudolf Legat)

### **3. Welche Themen eignen sich Ihrer Meinung nach am ehesten für einen Einstieg in E-Partizipation?**

„Alle Themen, die das unmittelbare und v.a. das geografische Umfeld der Menschen betreffen (Parks, Fußgängerzonen, Verkehr, Schulen, Kindergärten...)“ (Robert Harm)

„Prinzipiell eignen sich alle Themen, die einen direkten Bezug zur Zielgruppe aufweisen, d.h. mit ihrer unmittelbaren Lebenswelt zu tun haben. Das funktioniert besonders gut auf lokaler Ebene, z. B. bei der Stadtplanung, aber auch komplexere Projekte wie Bürgerhaushalte wurden bereits erfolgreich durchgeführt. Einige Stimmen raten dazu, zu emotionale Themen zu vermeiden, da sich im Internet die Fronten bereits bestehender Meinungen auch verhärten können.“ (Judith Schoßböck)

- Leitbilderstellung einer Stadt
- Stadtplanung
- Bauplanung
- Beteiligungshaushalte und Bürgerhaushalte
- Gesetzgebungsverfahren (Jörn von Lucke)

„Bürgermeldungen im öffentlichen Raum  
<http://www.vivomondo.com/de/rathaus/woergl/aktuelles/buergermeldungen>“ (Arno Abler)

#### 4. Welche methodischen Aspekte zeichnen gute Government 2.0-Projekte aus?

„Keine isolierten Silos, offene Schnittstellen (auch zu etablierten Social Media-Diensten), transparente Entscheidungen, Meta-Kommunikation über das Projekt (z. B. in einem Blog), vielfältige Feedback-Kanäle mit kurzen Antwortzeiten“ (Robert Harm)

Authentizität, Überschaubarkeit und, ganz wichtig: Der Einbau von Feedback, d.h. dass letztlich transparent gemacht wird, was mit den Beiträgen der BürgerInnen denn eigentlich passiert und welche Wirkung sie auf die Entscheidungsfindung hatten. Nach den Beiträgen der BürgerInnen ist ein Projekt also noch nicht abgeschlossen. Idealerweise evaluieren diese das Projekt. Wichtig ist die Qualitätssicherung beim Inhalt, dazu gehört auch die Bereitstellung relevanter und leicht zu verstehender Background-Informationen. (Judith Schoßböck)

Projektmanagement

Accenture 2009:

- => 1. Understand the constituencies you serve.
- => 2. Develop clear goals and objectives.
- => 3. Create a strategic plan to drive clear outcomes.
- => 4. Assess organizational readiness.
- => 5. Implement a strong governance framework.
- => 6. Set clear policies for information sharing.
- => 7. Cultivate a "beta" mentality. (Jörn von Lucke)

„siehe hierzu

<http://opendataberlin.wordpress.com/2010/10/12/was-wollen-die-berliner-denn-fur-daten-erste-auswertung/>

siehe hierzu auch: <http://www.neuundkuehn.at/rathaus20>  
- Praxisleitfaden für Verwaltung und Politik im Umgang mit Online-Bürgerbeteiligung (neu&kühn) sowie



[http://www.ref.gv.at/uploads/media/E\\_Partizipation\\_Zusammenfassung\\_neuundkuehn\\_at.pdf](http://www.ref.gv.at/uploads/media/E_Partizipation_Zusammenfassung_neuundkuehn_at.pdf)“ (Rudolf Legat)

## **5. Welche Bedeutung hat Open Government auf dem Weg zu Government 2.0?**

„Einen wesentlichen: Government 2.0 bedeutet v. a. Beteiligung der Bürger. Eine effektive Beteiligung setzt voraus, dass ausreichende Informationen über das Thema zugänglich sind. Dies kann z. B. durch das Anbieten von Quelldaten nach den opendata-Prinzipien unterstützt werden.“ (Robert Harm)

„Open Government kann als Strategie oder Instrument auf dem Weg zur Umsetzung von Gov 2.0 Maßnahmen verstanden werden. Die drei Grundpfeiler der Open Government-Theorie sind Transparenz, Partizipation und Kollaboration. Government 2.0 bedeutet daher auch noch nicht unbedingt direkte Transparenz. Die Umsetzung von Open Government in policies und als „Staatsphilosophie“ könnte wesentlichen Einfluss auf die kulturelle Verfasstheit eines Staates und dessen Umgang mit freier Information nehmen.“ (Judith Schoßböck)

„Open Government ist die Klammer für viele Aktivitäten der zweiten Generation des eGovernment (im Internet der Menschen). Open Government ist ein Synonym für die behutsame Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies kann zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt. Open Government wird vor allem als ein Sammelbegriff für eine ganze Reihe unterschiedlicher

Konzepte und Visionen verwendet, die sich mit bestimmten Facetten einer Öffnung von Staat und Verwaltung auseinander setzen. Hierzu zählen Überlegungen zu Offenheit, Government 2.0, Transparenz 2.0, Partizipation 2.0, Kollaboration 2.0, Open Innovation, Öffnung der Gesellschaft, Offene Gesellschaft, Freie Daten: Open Data und Linked Open Data, Offene Standards, Offene Schnittstellen (Interoperabilität), Quelloffene Software (Open Source) und Offene Kommunikationssysteme. Öffnen sich Staat und Verwaltung in diesem Sinne gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, aber auch nach innen, so kann dies zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Eine solche Öffnung im Zeitalter des Web 2.0 mit mehreren Kommunikationskanälen und einem direkten Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, so die spanische EU-Ratspräsidentschaft in ihrer Granada Strategie 2010, könnte deren Transformation beschleunigen. Ein anzustrebendes Ziel sei daher die Errichtung eines laufenden Dialogs mit den Bürgern, um deren Bedürfnisse und Anforderungen zu verstehen und diese bei Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen. Das erfordere eine offene, kooperative Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Bevölkerung und verlange Transparenz und Offenheit bei all ihren Entscheidungen und Handlungen. Dies bedingt einen kulturellen Wandel in den Köpfen, damit der öffentliche Sektor eine offene, für die Bürger verständliche Organisation wird, einen organisatorischen Wandel, um sich an den neuen Anforderungen zu orientieren und ein vertikales Mehrkanalmanagement, um niemanden auszuschließen.“ (Jörn von Lucke)

Open Government ist eine Parallelstraße zum Government2.0-Weg. Die beiden werden sich immer mehr annähern und in näherer bis mittlerer Zukunft an einer Kreuzung treffen und zusammenlaufen. (Rudolf Legat)

## ExpertInnen

**Mag. Georg Holzer**, Journalist, Government 2.0-Aktivist

**Mag. (FH) Robert Harm**, Gründungsmitglied von open3.at, dem Netzwerk zur Förderung von openSociety, openData und openGovernment in Österreich  
Web: <http://www.harm.co.at>

**Mag. Judith Schoßböck**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum E-Government der Donau-Universität Krems

**Prof. Dr. Jörn von Lucke**, Jahrgang 1971, studierte Wirtschaftsinformatik an der Universität Mannheim. Darauf folgte die Promotion in Verwaltungswissenschaft und die Habilitation an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Über fünf Jahre war er als Forschungs- und Sektionsreferent am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer tätig. Es folgten zwei Jahre im Bundesverwaltungsamt und in der Bundesstelle für Informationstechnik in Köln. 2007 wechselte er an das Fraunhofer Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) in Berlin. 2009 übernahm er den Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik an der Zeppelin-University gGmbH in Friedrichshafen. Zugleich ist er der Gründungsdirektor des Deutsche Telekom Institute for Connected Cities (TICC) und im Projekt T-City Friedrichshafen engagiert.

**Arno Abler**, CommunalConsult Tirol,  
[www.communalconsult.at](http://www.communalconsult.at)  
1997 – Initiator zur Gründung der ISPA (Internet Service Providers Austria)  
1997 – 2010 Bürgermeister der Stadt Wörgl  
2003 – 2008 Abgeordneter zum Tiroler Landtag  
2007 – Initiator und Mitinhaber der Web2.0-Regionalplattform [www.vivomondo.com](http://www.vivomondo.com)

2010 – 2013 Projektleiter der eGovernment-Initiative „Tirol 2.0“

**Ing. Rudolf Legat**, Koordinierungsstelle für Umweltinformationen, Umweltbundesamt

## Literatur

Baumann, Frank / Vogelsang, Lars / Weidner, Anselm (2003): Bürgerhaushalt Berlin-Mitte, Studie im Auftrag des kommunalpolitischen Forums e. V. (Berlin).

Bertelsmann Stiftung / Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.): Kommunaler Bürgerhaushalt. Ein Leitfaden für die Praxis.

Bundeszentrale für politische Bildung (2005): Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung.

Dachs, Herbert (2008) Printquelle: Jugend – Demokratie – Politik, hrsg. vom Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien 2008; Online unter [http://www.politischebildung.com/pdfs/28\\_demomod.pdf](http://www.politischebildung.com/pdfs/28_demomod.pdf)

Färber, Christine (2007): Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft, Analysereihe des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat „betrifft: Bürgergesellschaft“ Nr. 26, Bonn 2007.

Herzberg, Carsten / Anja Röcke / Yves Sintomer: Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts, in: Jochen Franzke/Heinz Kleger (Hrsg.) (2006): Kommunaler Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. S. 188–204.

Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Erstellt für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

KölnAgenda FrauenForum (2004): Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse

des Pilotprojekts zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner.

KölnAgenda e.V. (2008): KölnAgenda Journal für ein zukunftsfähiges Köln, Ausgabe 1/2008.

JeDEM - eJournal of eDemocracy and Open Government, Center for E-Government, Donau-Universität Krems

Lathrop Daniel / Laurel Ruma (2010): Open Government - Collaboration, Transparency, and Participation in Practice, O'Reilly Media  
<http://paperc.de/6738-open-government-9781449389246>

Leggewie, Claus (1997): Netizens: Der gut informierte Bürger. Transit, Europäische Revue. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.

Müller, Erhard O. (2006): Bürger machen Haushalt. Ein Leitfaden für die Gestaltung eines Bürgerhaushalts, Hrg.: Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen Nr. 35.

Rüttgers, Martin (Jahr): Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung. Publikation des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Schwaiger, Eva (1997): Lokale Budgetmitbestimmung: das Partizipative Budget in Porto Alegre/Brasilien; Master-Thesis, WU-Wien.

Tapscott / Williams / Herman: Government 2.0 – Transforming Government and Governance for the Twenty-First Century, 2008